



Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Florian Streibl FREIE WÄHLER**
vom 20.02.2018

Arbeiten 4.0 – Auswirkungen auf die öffentliche Verwaltung

Ich frage die Staatsregierung:

1. Wie wird die zunehmende Digitalisierung und Automatisierung die Zahl der Stellen im öffentlichen Dienst mittel- und langfristig verändern, bitte aufgeschlüsselt nach
 - den unterschiedlichen Beschäftigungsfeldern der Staatsministerien und der nachgeordneten Behörden,
 - den Beschäftigungsfeldern in den Landkreisen und Kommunen sowie der dort jeweils nachgeordneten Einrichtungen,
 - Veränderungen im Zeitraum bis 2040?
2. In welchem Umfang entwickeln sich die Finanzmittel für Fort- und Weiterbildung im Kontext Digitalisierung und Arbeitswelt von 2010 bis 2030, bitte aufgeschlüsselt nach
 - den unterschiedlichen Beschäftigungsfeldern der Staatsministerien und der nachgeordneten Behörden,
 - den Beschäftigten an den einzelnen Schularten?
3. Welche einzelnen Kommunen (Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften, Stadtverwaltungen, Landkreisverwaltungen) verfügen aktuell über eine unzureichende Breitbandversorgung, aufgeschlüsselt nach
 - Breitbandversorgung von 10 Mbit/s oder weniger,
 - Breitbandversorgung von 30 Mbit/s oder weniger,
 - Breitbandversorgung von 50 Mbit/s oder weniger?
4. In welchen Städten und Gemeinden existieren aktuell sogenannte Coworking Areas, die es auch Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ermöglichen würden, am Wohnort ihrer Tätigkeit nachzugehen?
5. Welche Staatsministerien bzw. nachgeordneten Behörden und Einrichtungen erlauben es Beschäftigten aktuell, im Homeoffice einen Teil ihrer Arbeitszeit zu absolvieren, bitte aufgeschlüsselt nach
 - den einzelnen Staatsministerien und nachgeordneten Einrichtungen,
 - den jeweiligen rechtlichen Grundlagen (z.B. Dienstvereinbarungen),
 - der Anzahl der jeweils betroffenen Beschäftigten?

6. In welchem Umfang (ausgehend von den aktuellen Lehrplänen) erwirbt eine Schülerin bzw. ein Schüler, der 2017 seine Schullaufbahn in der ersten Grundschulklasse begonnen hat, Kenntnisse im Kontext Digitalisierung/Informationstechnik, bitte aufgeschlüsselt nach
 - Soll-Ist-Vergleich des im Lehrplan vorgesehenen und des tatsächlich in diesen Fachbereichen unterrichteten Stoffs (z. B. aufgrund Lehrkräftemangels),
 - einer vergleichenden Betrachtung mit der IT- bzw. Digitalausbildung an Schulen der anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie der USA, Chinas und Indiens?

Antwort

des **Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat**
vom 17.08.2018

1. **Wie wird die zunehmende Digitalisierung und Automatisierung die Zahl der Stellen im öffentlichen Dienst mittel- und langfristig verändern, bitte aufgeschlüsselt nach**
 - den unterschiedlichen Beschäftigungsfeldern der Staatsministerien und der nachgeordneten Behörden,
 - den Beschäftigungsfeldern in den Landkreisen und Kommunen sowie der dort jeweils nachgeordneten Einrichtungen,
 - Veränderungen im Zeitraum bis 2040?
2. **In welchem Umfang entwickeln sich die Finanzmittel für Fort- und Weiterbildung im Kontext Digitalisierung und Arbeitswelt von 2010 bis 2030, bitte aufgeschlüsselt nach**
 - den unterschiedlichen Beschäftigungsfeldern der Staatsministerien und der nachgeordneten Behörden,
 - den Beschäftigten an den einzelnen Schularten?

Die konkrete Einschätzung der Entwicklung des künftigen Stellenbedarfs und der Finanzmittel für Fort- und Weiterbildung im Kontext der Digitalisierung ist aufgrund des langen Prognosezeitraums und der damit verbundenen nur bedingt vorhersehbaren Einflussfaktoren schwer möglich. Auch ist zu berücksichtigen, dass der Aufgabenbestand des Staates gerade in einer zunehmend digitalisierten Welt sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht starken Verän-

derungen unterworfen ist. In der Folge müssen die personellen Kapazitäten des Staates – auch qualitativ z.B. durch Fort- und Weiterbildungen – angepasst werden. Ob sich der Gesamtpersonalbestand des Freistaates in Zukunft tendenziell nach unten oder nach oben bewegen wird, entzieht sich daher einer Schätzung. Der Bedarf an Finanzmitteln für Fort- und Weiterbildung dürfte sich nach Einschätzung des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat (StMFLH) allerdings nach oben bewegen.

3. Welche einzelnen Kommunen (Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften, Stadtverwaltungen, Landkreisverwaltungen) verfügen aktuell über eine unzureichende Breitbandversorgung, aufgeschlüsselt nach

- **Breitbandversorgung von 10 Mbit/s oder weniger,**
- **Breitbandversorgung von 30 Mbit/s oder weniger,**
- **Breitbandversorgung von 50 Mbit/s oder weniger?**

98 Prozent der Kommunen beteiligen sich am bayerischen Breitband-Förderprogramm. 1.726 Kommunen haben bereits Förderbescheide über rund 808 Mio. Euro erhalten – hier läuft aktuell der Ausbau oder ist bereits fertiggestellt. Bayernweit werden dadurch über 720.000 Haushalte erschlossen, davon über 100.000 mit direkten Glasfaseranschlüssen bis zum Haus. Seit Ende 2013 wurden 1,8 Mio. Haushalte erstmals mit schnellem Internet versorgt. Nach Abschluss der laufenden und geplanten Baumaßnahmen werden mindestens 98 Prozent der bayerischen Haushalte mit schnellem Internet versorgt sein.

Daten zur Breitbandversorgung aller kommunalen Verwaltungsstandorte liegen dem StMFLH nicht vor. Falls einzelne Standorte noch nicht mit schnellem Internet versorgt sind, können die Kommunen einen geförderten Ausbau im Rahmen des Breitband-Förderprogramms veranlassen.

Bayerische Kommunen sind zudem zum Abruf von Leistungen aus dem BayKom-Rahmenvertrag berechtigt und können hierüber jede benötigte Bandbreite, selbst Gigabit-Geschwindigkeiten, bestellen.

4. In welchen Städten und Gemeinden existieren aktuell sogenannte Coworking Areas, die es auch Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ermöglichen würden, am Wohnort ihrer Tätigkeit nachzugehen?

5. Welche Staatsministerien bzw. nachgeordneten Behörden und Einrichtungen erlauben es Beschäftigten aktuell, im Homeoffice einen Teil ihrer Arbeitszeit zu absolvieren, bitte aufgeschlüsselt nach

- **den einzelnen Staatsministerien und nachgeordneten Einrichtungen,**
- **den jeweiligen rechtlichen Grundlagen (z.B. Dienstvereinbarungen),**
- **der Anzahl der jeweils betroffenen Beschäftigten?**

Das StMFLH erstellt derzeit entsprechend des Beschlusses der Staatsregierung vom 21.11.2017 in Abstimmung mit den Ressorts ein Konzept für die Einrichtung von Pilotstandorten für Behördensatelliten, insbesondere zur Entlastung der Region München. Neben der Zeit- und Kostenersparnis für pendelnde Beschäftigte sollen die Behördensatelliten auch dazu beitragen, das Verkehrsaufkommen in den Großstädten Bayerns zu verringern.

In ausgewählten Bereichen (z.B. im Bereich der Steuerverwaltung) gibt es bereits jetzt vereinzelt Satelliten-

Arbeitsplätze, die es den Bediensteten unter bestimmten Voraussetzungen ermöglichen, ihrer Arbeit wohnortnah nachzukommen.

Daneben besteht für zahlreiche Beschäftigte auch die Möglichkeit, Heimarbeitsplätze zu nutzen. Für die Beantwortung werden unter dem verwendeten Begriff „Heimarbeitsplätze“ alle Formen der von den Beschäftigten von zu Hause zu erbringenden Dienst- bzw. Arbeitsleistung verstanden, also auch Tele- und Wohnraumarbeit. Die Zahlen der zur Verfügung stehenden Heimarbeitsplätze (Stichtag 21.03.2018) sind in der Anlage dargestellt; hinsichtlich einer Entwicklung der Heimarbeitsplätze in den Jahren 2008 bis 2015 wird auf die Antwort des damaligen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr auf die Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Günther Felbinger (damals FREIE WÄHLER) vom 15.06.2015 verwiesen (Drs. 17/8668).

Soweit es kein Kontingent an zur Verfügung stehenden Tele-/Wohnraumarbeitsplätzen bei den betreffenden Dienststellen gibt, beziehen sich die Angaben auf die tatsächliche Anzahl an Beschäftigten mit Tele-/Wohnraumarbeit zum Stichtag. Nicht enthalten sind die Daten zu den staatlichen Beamten der Veterinärämter an den Landratsämtern. Die Genehmigung von Wohnraumarbeit dieser Beschäftigten wird von den Landratsämtern erteilt, mithin liegen der Staatsregierung hierzu keine Daten vor.

Ebenfalls nicht erfasst sind Lehrkräfte, nachdem diese keine Telearbeitsplätze im klassischen Sinne haben, da diese nicht als solche bewilligt werden. Jedoch verfügen sie in der Regel über häusliche Arbeitsplätze, da die Unterrichtsvor- und -nachbereitung sowie Korrekturarbeiten zu Hause erledigt werden. Angaben zu Dienststellen mit weniger als fünf Tele-/Wohnraumarbeitsplätzen sind aus Gründen des Datenschutzes ebenfalls nicht enthalten.

Daten über kommunale oder private Coworking Areas liegen nicht vor.

6. In welchem Umfang (ausgehend von den aktuellen Lehrplänen) erwirbt eine Schülerin bzw. ein Schüler, der 2017 seine Schullaufbahn in der ersten Grundschulklasse begonnen hat, Kenntnisse im Kontext Digitalisierung/Informationstechnik, bitte aufgeschlüsselt nach

- **Soll-Ist-Vergleich des im Lehrplan vorgesehenen und des tatsächlich in diesen Fachbereichen unterrichteten Stoffs (z.B. aufgrund Lehrkräftemangels),**
- **einer vergleichenden Betrachtung mit der IT- bzw. Digitalausbildung an Schulen der anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie der USA, Chinas und Indiens?**

Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus hat zu Frage 6 Folgendes mitgeteilt:

Zu Aufzählungspunkt 1:

Digitale Bildung/Medienbildung ist ein fächer- und jahrgangsstufenübergreifendes Bildungs- und Erziehungsziel in allen Schularten und fest im Lehrplan verankert. Dieser bildet die Grundlage für den Unterricht und die Erziehung an bayerischen Schulen.

Im LehrplanPLUS (www.lehrplanplus.bayern.de) sind die Kompetenzen und Inhalte ausgewiesen, welche den Schülerinnen und Schülern in den einzelnen Fächern und Jahrgangsstufen der jeweiligen Schulart vermittelt werden.

Welche spezifischen Kompetenzen im Kontext der Medienbildung bzw. Digitalen Bildung von Relevanz sind, ist dem „Kompetenzrahmen zur Medienbildung an bayerischen Schulen“ (www.mebis.bayern.de/infportal/konzepte/kompetenzrahmen) zu entnehmen. Die jeweiligen Bezüge in den Lehrplänen können über den Medienkompetenz-Navigator ermittelt werden: <https://mk-navi.mebis.bayern.de/mctool/schooltypes>. Dieser dient den Schulen auch als Grundlage für die Erstellung schulischer Medienkonzepte.

Im Rahmen der Digitalisierungsstrategie hat eine quantitative und vor allem qualitative Aktualisierung der Lehrpläne aller Schularten hinsichtlich der Förderung Digitaler Bil-

dung begonnen. Da neben der gesellschaftlich-kulturellen und der anwendungsbezogenen Perspektive auf die digital vernetzte Welt zunehmend die technologische Perspektive an Bedeutung gewinnt, wurde im Rahmen des Masterplans BAYERN DIGITAL II die weitere Stärkung bzw. Einführung des Fachs Informatik an den weiterführenden Schularten beschlossen.

Zu Aufzählungspunkt 2:

Kenntnisse über Inhalte außerdeutscher Schulsysteme liegen der Staatsregierung nicht vor. Diese unterliegen auch nicht der Verantwortung der Staatsregierung.

Anlage zur Schriftlichen Anfrage des MdL Florian Streibl von 20. Februar 2018				
Ressort	Dienststelle	Regierungsbezirk	zur Verfügung stehende Heimarbeitsplätze	Rechtsgrundlage(n) der Tele-/Wohnraumarbeit
Staatskanzlei	Staatskanzlei	Oberbayern	24	Mitarbeiterhandbuch; Einvernehmliche Anordnung bzw. Zusatzvereinbarung zum Arbeitsvertrag
Staatsministerium des Innern und für Integration	Staatsministerium des Innern und für Integration	Oberbayern	157	Dienstvereinbarung
Staatsministerium des Innern und für Integration	Regierung von Oberbayern	Oberbayern	172	Dienstvereinbarung
Staatsministerium des Innern und für Integration	Regierung von Niederbayern	Niederbayern	34	Richtlinie zur Wohnraum- und Telearbeit
Staatsministerium des Innern und für Integration	Regierung der Oberpfalz	Oberpfalz	58	Dienstvereinbarung
Staatsministerium des Innern und für Integration	Regierung von Oberfranken	Oberfranken	38	Einzelvereinbarung
Staatsministerium des Innern und für Integration	Regierung von Mittelfranken	Mittelfranken	444	Dienstvereinbarung
Staatsministerium des Innern und für Integration	Regierung von Unterfranken	Unterfranken	42	Dienstvereinbarung
Staatsministerium des Innern und für Integration	Regierung von Schwaben	Schwaben	34	Dienstvereinbarung
Staatsministerium des Innern und für Integration	Landesamt für Statistik	Mittelfranken	76	Dienstvereinbarung
Staatsministerium des Innern und für Integration	Bayerische Versorgungskammer	Oberbayern	245	Dienstvereinbarung
Staatsministerium des Innern und für Integration	Präsidien der Bayer. Landespolizei, Präsidium der Bayer. Bereitschaftspolizei, Bayer. Landeskriminalamt, Bayer. Polizeiverwaltungsamt	übergreifend	269	Dienstvereinbarung
Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr	StBA Ansbach	Mittelfranken	30	
Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr	StBA Erlangen-Nürnberg	Mittelfranken	16	
Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr	StBA Nürnberg	Mittelfranken	52	
Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr	StBA Landshut	Niederbayern	35	
Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr	StBA Passau	Niederbayern	42	
Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr	StBA Freising	Oberbayern	43	
Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr	StBA Ingolstadt	Oberbayern	33	
Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr	StBA München 1	Oberbayern	59	
Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr	StBA München 2	Oberbayern	66	
Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr	StBA Rosenheim	Oberbayern	36	
Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr	StBA Traunstein	Oberbayern	14	
Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr	StBA Weilheim	Oberbayern	24	
Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr	StBA Bamberg	Oberfranken	25	Dienstvereinbarung „Alternierende Wohnraum- und Telearbeit“
Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr	StBA Bayreuth	Oberfranken	27	
Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr	StBA Amberg-Weilheim	Oberpfalz	34	
Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr	StBA Regensburg	Oberpfalz	35	
Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr	StBA Augsburg	Schwaben	22	
Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr	StBA Kempten	Schwaben	9	
Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr	StBA Krumbach	Schwaben	40	
Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr	StBA Aschaffenburg	Unterfranken	23	
Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr	StBA Schweinfurt	Unterfranken	24	
Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr	StBA Würzburg	Unterfranken	48	
Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr	ABD Nordbayern	Mittelfranken	170	

Anlage zur Schriftlichen Anfrage Drucksache 17/23600

Ressort	Dienststelle	Regierungsbezirk	zur Verfügung stehende Heimarbeitsplätze	Rechtsgrundlage(n) der Tele-/Wohnraumarbeit
Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr	ABD Südbayern	Oberbayern	198	
Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr	Landesbaudirektion	Unterfranken	40	
Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr	Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr	Oberbayern	168	
Staatsministerium der Justiz	AG Augsburg	Schwaben	10	
Staatsministerium der Justiz	AG Aschaffenburg	Unterfranken	7	
Staatsministerium der Justiz	AG Amberg	Oberpfalz	8	
Staatsministerium der Justiz	AG Ansbach	Oberfranken	7	
Staatsministerium der Justiz	AG Bamberg	Oberfranken	6	
Staatsministerium der Justiz	AG Coburg	Oberfranken	7	
Staatsministerium der Justiz	AG Deggendorf	Niederbayern	5	
Staatsministerium der Justiz	AG Erding	Oberbayern	9	
Staatsministerium der Justiz	AG Erlangen	Mittelfranken	8	
Staatsministerium der Justiz	AG Freising	Oberbayern	7	
Staatsministerium der Justiz	AG Hof	Oberfranken	5	Dienstvereinbarung über die Einrichtung von Wohnraum- und/oder Telearbeitsplätzen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz vom 14. Dezember 2011 (JMBl. 2012, S. 9), geändert durch Bekanntmachung vom 31. Januar 2017 (JMBl. S. 11)
Staatsministerium der Justiz	AG Ingolstadt	Oberbayern	7	
Staatsministerium der Justiz	AG Kempten	Schwaben	7	
Staatsministerium der Justiz	AG Landshut	Niederbayern	14	
Staatsministerium der Justiz	AG Memmingen	Schwaben	6	
Staatsministerium der Justiz	AG München	Oberbayern	27	
Staatsministerium der Justiz	AG Neumarkt i.d. OPf	Oberpfalz	5	
Staatsministerium der Justiz	AG Nürnberg	Mittelfranken	12	
Staatsministerium der Justiz	AG Regensburg	Oberpfalz	17	
Staatsministerium der Justiz	AG Rosenheim	Oberbayern	5	
Staatsministerium der Justiz	AG Starnberg	Oberbayern	8	
Staatsministerium der Justiz	AG Traunstein	Oberbayern	5	
Staatsministerium der Justiz	AG Weiden	Oberpfalz	7	
Staatsministerium der Justiz	AG Weilheim	Oberbayern	7	
Staatsministerium der Justiz	AG Wolfratshausen	Oberbayern	10	
Staatsministerium der Justiz	LG Landshut	Niederbayern	10	
Staatsministerium der Justiz	LG München I	Oberbayern	10	
Staatsministerium der Justiz	LG München II	Oberbayern	6	
Staatsministerium der Justiz	OLG Bamberg (inkl. Justizakademie, LJK)	Oberfranken	14	
Staatsministerium der Justiz	Oberlandesgericht München	Oberbayern	11	
Staatsministerium der Justiz	OLG Nürnberg (inkl. Jus-IT)	Mittelfranken	95	
Staatsministerium der Justiz	Staatsanwaltschaft Bamberg	Oberfranken	5	
Staatsministerium der Justiz	Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth	Mittelfranken	5	
Staatsministerium der Justiz	Bayerisches Staatsministerium der Justiz	Oberbayern	10	
Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat	Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat	Oberbayern	116	Vereinbarung mit dem Personalrat
Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat	Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat	Mittelfranken	25	

Anlage zur Schriftlichen Anfrage Drucksache 17/23600

Ressort	Dienststelle	Regierungsbezirk	zur Verfügung stehende Heimarbeitsplätze	Rechtsgrundlage(n) der Tele-/Wohnraumarbeit
Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat	Finanzämter, alternierend (Kontingent)	übergreifend	600	Dienstvereinbarung über Wohnraumarbeit im Geschäftsbereich des BayStMFLH vom 16.12.2015 (abgeschlossen zwischen HPR und StMFLH)
Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat	Finanzämter, mobil (tatsächlich)	übergreifend	1281	Dienstvereinbarung über Wohnraumarbeit im Geschäftsbereich des BayStMFLH vom 16.12.2015 (abgeschlossen zwischen HPR und StMFLH)
Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat	Bayerisches Landesamt für Steuern (tatsächlich)	übergreifend	260	Dienstvereinbarung über Wohnraumarbeit im Geschäftsbereich des BayStMFLH vom 16.12.2015 (abgeschlossen zwischen HPR und StMFLH)
Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat	Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern	Oberbayern	18	Dienstvereinbarung
Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat	Landesamt für Finanzen, Dienststelle Augsburg	Schwaben	25	
Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat	Landesamt für Finanzen, Dienststelle Ansbach	Mittelfranken	40	
Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat	Landesamt für Finanzen, Dienststelle Bayreuth	Oberfranken	15	
Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat	Landesamt für Finanzen, Dienststelle Landshut	Niederbayern	28	
Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat	Landesamt für Finanzen, Dienststelle München	Oberbayern	14	Dienstvereinbarung über Wohnraumarbeit im Geschäftsbereich des StMFLH vom 23.11./06.12.2015, ggf. flankierend Ziffer 7.5 der Teilhaberichtlinien
Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat	Landesamt für Finanzen, Dienststelle Regensburg	Oberpfalz	21	
Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat	Landesamt für Finanzen, Dienststelle Regensburg, Bearbeitungsstelle Passau	Niederbayern	14	
Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat	Landesamt für Finanzen, Dienststelle Regensburg, Bearbeitungsstelle Weiden	Oberpfalz	12	
Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat	Landesamt für Finanzen, Dienststelle Regensburg, Bearbeitungsstelle Straubing	Niederbayern	38	
Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat	Landesamt für Finanzen, Dienststelle Würzburg	Unterfranken	21	
Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat	Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung	Mittelfranken	11	Dienstvereinbarung zur Wohnraumarbeit im GB des StMFLH vom 16.12.2015
Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat	Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung	Oberbayern	168	Dienstvereinbarung zur Wohnraumarbeit im GB des StMFLH vom 16.12.2015

Anlage zur Schriftlichen Anfrage Drucksache 17/23600

Ressort	Dienststelle	Regierungsbezirk	zur Verfügung stehende Heimarbeitsplätze	Rechtsgrundlage(n) der Tele-/Wohnraumarbeit
Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat	Ämter für Digitalisierung, Breitband und Vermessung	Mittelfranken	7	Dienstvereinbarung zur Wohnraumarbeit im GB des StMFLH vom 16.12.2015
Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat	Ämter für Digitalisierung, Breitband und Vermessung	Oberbayern	12	Dienstvereinbarung zur Wohnraumarbeit im GB des StMFLH vom 16.12.2015
Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat	Ämter für Digitalisierung, Breitband und Vermessung	Oberpfalz	6	Dienstvereinbarung zur Wohnraumarbeit im GB des StMFLH vom 16.12.2015
Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat	Ämter für Digitalisierung, Breitband und Vermessung	Schwaben	7	Dienstvereinbarung zur Wohnraumarbeit im GB des StMFLH vom 16.12.2015
Staatsministerium für Wirtschaft, Energie und Technologie	Staatsministerium für Wirtschaft, Energie und Technologie	Oberbayern	77	Dienstvereinbarung über alternierende Telearbeit im StMWIVT vom 01.03.2012, Dienstvereinbarung zur Änderung der Dienstvereinbarung über die alternierende Telearbeit im StMWIVT vom 01.03.2012 vom 18.12.2015
Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales	Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales	Oberbayern	67	RL Teilzeit-, Tele- und Wohnraumarbeit für den GB des StMAS
Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales	Landessozialgericht	übergreifend	11	RL Teilzeit-, Tele- und Wohnraumarbeit für den GB des StMAS
Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales	Sozialgericht München	Oberbayern	11	RL Teilzeit-, Tele- und Wohnraumarbeit für den GB des StMAS
Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales	Arbeitsgericht München	Oberbayern	7	RL Teilzeit-, Tele- und Wohnraumarbeit für den GB des StMAS
Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales	Institut für Familienforschung an der Universität Bamberg	Oberfranken	6	RL Teilzeit-, Tele- und Wohnraumarbeit für den GB des StMAS
Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales	Institut für Frühpädagogik München	Oberbayern	7	RL Teilzeit-, Tele- und Wohnraumarbeit für den GB des StMAS
Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales	Landesjugendamt München	Oberbayern	11	RL Teilzeit-, Tele- und Wohnraumarbeit für den GB des StMAS
Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales	ZBFS Region Mittelfranken	Mittelfranken	48	RL Teilzeit-, Tele- und Wohnraumarbeit für den GB des StMAS
Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales	ZBFS Region Niederbayern	Niederbayern	31	RL Teilzeit-, Tele- und Wohnraumarbeit für den GB des StMAS
Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales	ZBFS Region Oberbayern	Oberbayern	69	RL Teilzeit-, Tele- und Wohnraumarbeit für den GB des StMAS
Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales	ZBFS Region Oberfranken	Oberfranken	39	RL Teilzeit-, Tele- und Wohnraumarbeit für den GB des StMAS
Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales	ZBFS Region Oberpfalz	Oberpfalz	55	RL Teilzeit-, Tele- und Wohnraumarbeit für den GB des StMAS
Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales	ZBFS Schwaben	Schwaben	33	RL Teilzeit-, Tele- und Wohnraumarbeit für den GB des StMAS
Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales	ZBFS Unterfranken	Unterfranken	22	RL Teilzeit-, Tele- und Wohnraumarbeit für den GB des StMAS
Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales	ZBFS Zentrale (Bayreuth)	Oberfranken	43	RL Teilzeit-, Tele- und Wohnraumarbeit für den GB des StMAS
Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	ganzer Geschäftsbereich	übergreifend	426	Dienstvereinbarung über die Telearbeit im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten

Anlage zur Schriftlichen Anfrage Drucksache 17/23600

Ressort	Dienststelle	Regierungsbezirk	zur Verfügung stehende Heimarbeitsplätze	Rechtsgrundlage(n) der Tele-/Wohnraumarbeit
Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz	Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz	Oberbayern	92	Dienstvereinbarung über die Voraussetzungen zur Bewilligung von Wohnraumarbeit im Geschäftsbereich des StMUGV vom 1. Februar 2005
Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz	Landesamt für Umwelt	übergreifend	172	Dienstvereinbarung über die Voraussetzungen zur Bewilligung von Wohnraumarbeit im Geschäftsbereich des StMUGV vom 1. Februar 2005
Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz	Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit	übergreifend	56	Dienstvereinbarung über die Voraussetzungen zur Bewilligung von Wohnraumarbeit im Geschäftsbereich des StMUGV vom 1. Februar 2005
Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz	Wasserwirtschaftsämter	übergreifend	119	Dienstvereinbarung über die Voraussetzungen zur Bewilligung von Wohnraumarbeit im Geschäftsbereich des StMUGV vom 1. Februar 2005
Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz	Regierungen (4. QE Bereich 5, Gewerbeaufsichtsämter ab 2013)	übergreifend	88	Dienstvereinbarung über die Voraussetzungen zur Bewilligung von Wohnraumarbeit im Geschäftsbereich des StMUGV vom 1. Februar 2005
Staatsministerium für Gesundheit und Pflege	Staatsministerium für Gesundheit und Pflege		129	Dienstvereinbarung
Staatsministerium für Gesundheit und Pflege	Regierung von Oberbayern	Oberbayern	11	Dienstvereinbarung
Staatsministerium für Gesundheit und Pflege	Landratsamt München	Oberbayern	10	Dienstvereinbarung
Staatsministerium für Gesundheit und Pflege	Regierung von Oberfranken	Oberfranken	5	Dienstvereinbarung
Staatsministerium für Gesundheit und Pflege	Landratsamt Fürth	Mittelfranken	5	Dienstvereinbarung
Staatsministerium für Gesundheit und Pflege	Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit		27	Dienstvereinbarung
Staatsministerium für Unterricht und Kultus sowie Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	Ministerium in München	Oberbayern	96	Dienstvereinbarung
Staatsministerium für Unterricht und Kultus	Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB)	Oberbayern	42	Dienstvereinbarung
Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	Universität Augsburg	Schwaben	36	Dienstvereinbarung
Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	Otto-Friedrich-Universität Bamberg (inkl. Virtuelle Hochschule Bayern) - Dienststelle Bamberg	Oberfranken	61	Handlungsleitfaden Telearbeit
Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	Universität Bayreuth - Dienststelle Bayreuth	Oberfranken	38	Handlungsempfehlung des Personalrats
Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg	Mittelfranken	75	Richtlinien der Universität
Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	Ludwig-Maximilians-Universität München - Dienststelle München	Oberbayern	76	Individualvereinbarung
Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	Technische Universität München - Dienststellen München, Garching, Freising, Straubing	Oberbayern, Niederbayern	182	Rahmenvereinbarung zur Telearbeit
Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	Universität Passau - Dienststelle Passau	Niederbayern	26	Dienstvereinbarung
Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	Universität Regensburg	Niederbayern	85	Dienstvereinbarung
Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	Julius-Maximilians-Universität Würzburg - Dienststelle Würzburg	Unterfranken	38	Dienstvereinbarung
Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	Universitätsklinikum Erlangen	Unterfranken	16	Dienstvereinbarung
Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	Klinikum der Universität München	Oberbayern	55	Dienstvereinbarung
Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	Universitätsklinikum Regensburg	Niederbayern	26	Einzelvereinbarung mit Personalratszustimmung
Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	Universitätsklinikum Würzburg	Unterfranken	18	Dienstvereinbarung
Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	Ostbayerische Technische Hochschule Amberg-Weiden Dienststelle Amberg	Oberpfalz	15	Dienstvereinbarung
Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	Hochschule für Angewandte Wissenschaften Ansbach	Mittelfranken	10	Dienstvereinbarung
Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	Hochschule für Angewandte Wissenschaften Aschaffenburg	Unterfranken	8	Dienstvereinbarung

Anlage zur Schriftlichen Anfrage Drucksache 17/23600

Ressort	Dienststelle	Regierungsbezirk	zur Verfügung stehende Heimarbeitsplätze	Rechtsgrundlage(n) der Tele-/Wohnraumarbeit
Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	Hochschule für Angewandte Wissenschaften Augsburg	Schwaben	40	Rahmen-Dienstvereinbarung (in Arbeit)
Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	Hochschule Deggendorf	Niederbayern	21	Dienstvereinbarung
Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hof	Oberfranken	40	Dienstvereinbarung
Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	Technische Hochschule Ingolstadt	Oberbayern	48	Dienstvereinbarung
Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	Hochschule für Angewandte Wissenschaften Kempten	Schwaben	18	Dienstvereinbarung
Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	Hochschule für Angewandte Wissenschaften München	Oberbayern	119	Dienstvereinbarung
Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	Hochschule für Angewandte Wissenschaften Neu-Ulm	Schwaben	14	Dienstvereinbarung
Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	Technische Hochschule Nürnberg	Mittelfranken	100	Dienstvereinbarung
Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg	Oberpfalz	19	Dienstvereinbarung
Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	Hochschule für Angewandte Wissenschaften Rosenheim	Oberbayern	84	Dienstvereinbarung
Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	Hochschule für Angewandte Wissenschaften Weihenstephan-Triesdorf - Dienststelle Weihenstephan	Oberbayern, Mittelfranken	26	Individuelle Vereinbarung
Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	IHF		10	Dienstvereinbarung über die gleitende Arbeitszeit
Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	Bayerische Staatsgemäldesammlungen	Oberbayern	8	Dienstvereinbarung
Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege	Oberbayern	21	Dienstvereinbarung
Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	Hochschule für Musik und Theater München	Oberbayern	10	Dienstvereinbarung
Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	Bayerische Staatsbibliothek	Oberbayern	108	Richtlinie für die Erprobung der Telearbeit
Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns	bayernweit	11	Dienstvereinbarung
Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	Bayerischer Staatsoper	Oberbayern	15	Einzelvereinbarung